



**9. November 2016**

## **HANDEL FÜR DAS WOHL ALLER**

### **1. Vorteile für viele, nicht nur für wenige**

Das erste Ziel von Handelsabkommen sollte sein, so vielen Bürgerinnen und Bürgern wie nur möglich Nutzen zu bringen. Handelsverträge sollten zu nachhaltigem Wachstum und Arbeitsplätzen in der EU und in Partnerländern beitragen.

### **2. Politik auf der Grundlage von Werten**

So wie Güter und Dienstleistungen sollte die EU auch ihre Werte exportieren, insbesondere ihre Arbeits-, Sozial- und Umweltnormen. Alle EU-Handelsabkommen müssen ein Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung enthalten, einschließlich der grundlegenden Arbeitnehmerrechte der Internationalen Arbeitsorganisation IAO und Bestimmungen zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen. Die S&D Fraktion wird weiter darauf drängen, dass diese Vorschriften durchsetzbar sind.

### **3. Transparenz und Bürgerbeteiligung**

Verhandlungen sollten so weit wie möglich auf offene und transparente Art und Weise durchgeführt werden. Bei unseren hart erkämpften Fortschritten bei der Transparenz in laufenden Verhandlungen darf es kein Zurück geben. Der Rat muss alle neuen und früheren Verhandlungsmandate automatisch veröffentlichen. Der politische Entscheidungsprozess sollte auf einem konstruktiven Dialog mit der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und der IAO basieren.

### **4. Niemand wird zurückgelassen**

Die durch die Öffnung des Handels Benachteiligten sollten angemessen entschädigt werden. Dazu zählt, Arbeitnehmern bei der Anpassung an den Wandel zu helfen und die Unterstützung für diejenigen zu verbessern, die ihren Job in Folge ausländischer Konkurrenz - geschaffen durch die Globalisierung - verloren haben, mit besonderer Konzentration auf die verarbeitende Industrie. Die Kommission sollte vollständigere Folgenabschätzungen bereitstellen, politische Instrumente wie den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung bewerten und aktualisieren oder die Schaffung eines Systems ähnlich dem US-amerikanischen Trade-Adjustment-Assistance-Programm erwägen.

## **5. KMU als Hauptakteure**

Kleine und mittelgroße Unternehmen sind der Lebensnerv der europäischen Wirtschaft und sollten ebenfalls von Handelsabkommen profitieren. In jedem Vertrag sollte es ein Kapitel geben, das sich mit der Frage beschäftigt, wie die globalen Handelskosten für kleine Unternehmen gesenkt werden können, um die KMU in den globalen Markt zu integrieren.

## **6. Multilateralismus als die beste Option**

Soweit möglich, sollte die EU immer auf multilaterale Lösungen im Rahmen der Welthandelsorganisation drängen. Die Bemühungen um einen Abschluss der Doha-Entwicklungsagenda sollten parallel fortgesetzt werden, um sicherzustellen, dass die Entwicklungsländer weiterhin eine Rolle im internationalen Handel spielen. Freihandelsabkommen sollten keine Bedrohung des multilateralen Handelssystems sein, sondern vielmehr eine Stufe auf dem Weg zu multilateralen Handelsabkommen.

## **7. Regierungen müssen im öffentlichen Interesse Recht setzen können**

Nationalstaatliche Gesetze und das Regulierungsrecht von Regierungen dürfen nicht untergraben werden. Unter dem Druck unserer Fraktion hat die Kommission die Investor-Staat-Streitbeilegung (also private Schiedsgerichte) aufgegeben und aus dem Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) gestrichen.

## **8. Schutz der öffentlichen Dienstleistungen**

Europäische, nationalstaatliche und örtliche Behörden müssen das uneingeschränkte Recht behalten, Maßnahmen im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe, der Organisation, der Finanzierung und der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen einzuführen, zu ergreifen, aufrechtzuerhalten oder aufzuheben.

## **9. Menschenrechte und soziale Rechte im Mittelpunkt der Handelspolitik**

Die Handelspolitik muss Initiativen im Bereich der sozialen Verantwortung der Unternehmen verstärken und Unternehmen zwingen, Verantwortung für sämtliche Stufen der Lieferkette zu übernehmen. Wir sollten vom derzeitigen auf Freiwilligkeit beruhenden Ansatz zu einem Ansatz der Sorgfaltspflicht übergehen, wie ihn die S&D Fraktion im Vorschlag zu den Konfliktmineralien erfolgreich eingeführt hat.

## **10. Die EU-Standards müssen gewahrt werden**

Es muss klar sein, dass EU-Freihandelsabkommen zu keiner Absenkung der Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltstandards führen werden und dass das Vorsorgeprinzip beibehalten wird.